

☆ **Notleidende Banken oder notleidende Menschen?**

Die Rede ist von notleidenden Banken. Notleidend aber sind die Menschen, die ihre Häuser verlieren, Rentner, die ihre Rente verloren haben, Beschäftigte, die ihren Job verlieren. In den Entwicklungsländern werden noch mehr Menschen verhungern.

☆ **Geld ist da**

weltweit gibt es 10 Millionen Menschen, etwas mehr als ein Tausendstel der Weltbevölkerung, die eine Million Dollar und mehr Geldvermögen besitzen. Besaßen sie vor 10 Jahren 19 Billionen Dollar, so sind es jetzt 40 Billionen. Erfolgreiche Spekulationsgeschäfte haben dazu beigetragen. In Deutschland gibt es mehr als 800 000 Millionäre mit durchschnittlich mehr als 3,5 Millionen Euro Vermögen.

„Unternehmern, Vermögenden und Beziehern hoher Einkommen sind in den vergangenen Jahren rund eine Billion Euro zusätzlich zugeflossen. Die eine Hälfte weil die Lohnerhöhungen zu niedrig waren, die andere aufgrund massiver Steuergeschenke.“

(Michael Schlecht, Wirtschaftsabteilung der Gewerkschaft ver.di, in der FR vom 9.10.08)

☆ **Lohndumping**

Die Beschäftigten in Deutschland hatten in den vergangenen 8 Jahren Reallohnverluste. In allen anderen EU-Ländern ist der Reallohn gestiegen, nur in Deutschland ist er gefallen.

☆ **Das Reichtums-Rettungspaket von 480 Milliarden Euro**

Kern des Gesetzes ist die Garantie des Staates für das Finanzsystem. Die Regierung wird für Geschäfte der Banken untereinander garantieren. Damit sich die Banken wieder untereinander Geld leihen, was sie im Moment kaum mehr tun. Entscheiden wird ein exklusiver Lenkungsausschuss. Es wird direkte Hilfen für Banken geben. Die Regierung will den Banken „faule Kredite“ abkaufen. Darüber werden sich die Finanzkonzerne besonders freuen. Gutes Geld aus sicheren Steuern wird getauscht gegen Müllpapier. Beim Erstellen ihrer Bilanzen dürfen die Banken künftig kreativer sein und sich reicher rechnen als sie sind.

Also noch mehr Verschleierung statt notwendiger Transparenz. Die Länder sollen bei allen Kosten beteiligt werden. Als Folge droht: Weniger Geld für die Städte und Gemeinden, noch weniger für Bildung und Kinderbetreuung. **Fazit:**

Die Bankenverluste werden verstaatlicht und damit der Gesellschaft aufgebürdet.

☆ **Mitverantwortung deutscher Finanzmarktpolitik:**

2001: **Die rot-grüne Bundesregierung macht den Weg frei für die private Rente. Das bringt gigantische Mittelzuflüsse für die Kapitalmärkte.**

2002: **Dieselbe Bundesregierung befreit alle Gewinne aus dem Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften von der Steuer.**

2003: **Die Verbriefung von Krediten zu Wertpapieren (der Auslöser der jetzigen Finanzmarktkrise) wird nun steuerbegünstigt gefördert.**

2004: **Der Weg für Hedge-Fonds wird frei gemacht.**

2008: **Steuergeschenke für Private-Equity-Fonds. Das sind Fonds, die ganze Unternehmen aufkaufen und aussaugen.** (Die Arbeitsplätze der Mindener Firma *Kampa* fielen einem solchen Fonds zum Opfer.)

Die Profiteure zur Kasse!

Im Eilverfahren ist es möglich, Hunderte von Milliarden Euro für Rettungsaktionen für notleidende Banken zur Verfügung zu stellen.

480 Milliarden Euro umfasst das Berliner Hilfspaket für Finanzkonzerne.

Wenn das Kindergeld um ein paar Euro erhöht werden soll, bedarf es ellenlanger Debatten. Für die Anhebung des Arbeitslosengeldes, für einen Mindestlohn, oder für das Gesundheitswesen ist angeblich kein Cent vorhanden. Dann heißt es:

**„Der Staatshaushalt muss ausgeglichen werden!
Die Zinsen belasten künftige Generationen!“**

Aber wenn es um Stützungsaktionen für Banken und Finanzkonzerne geht, die sich verspekuliert haben, werden über Nacht ungeheure Summen zur Verfügung gestellt.

Die Gelder für die Rettungsaktionen leiht sich der Staat bei eben jenen, die nun gerettet werden sollen:

Bei den Fonds, den Finanzkonzernen, den Superreichen.

Die werden zum Dank dann später dafür noch die Zinsen kassieren.



Und wir, die Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentner sollen die Zeche zahlen!

Wir fordern: Profiteure zur Kasse!

Bis vor kurzem erzielten Ackermann & Co mit ihren Spekulationsgeschäften phantastische Renditen.

Die Spekulation auf den Finanzmärkten speiste sich aus der weltweiten Umverteilung von Unten nach Oben.

Dafür sorgte Lohndumping mit Befristungen, Leiharbeit, Minijobs und immer mehr Druck auf Erwerbslose. Steuersenkungen für Konzerne und Reiche und immer mehr Privatisierung unserer sozialen Sicherungssysteme taten ein Übriges.

Der Reichtum Weniger schwoll an und schuf den Nachschub an Geldmassen. Diejenigen, die in den vergangenen Jahren Profiteure der Finanzmärkte waren, müssen nun zur Kasse gebeten werden:

- ☆ **Eine einmalige Vermögensabgabe für Superreiche, um die Kosten der Krise zu finanzieren!**
- ☆ **Die Vermögenssteuer wieder erheben!**
- ☆ **Eine Steuerreform zu Lasten Reicher und Konzerne!**

Wir fordern: Das Finanz-Casino schließen!

Die weltweit vagabundierenden Finanzmassen müssen beschnitten und die Finanzmärkte reguliert werden.

- ☆ **Verbot aller kreditfinanzierter Spekulationsgeschäfte!**
- ☆ **Verbot von 'Hedge-Fonds' und 'Private-Equity-Fonds',**
(die z.B. bei uns die Fa. *Kampa* aufgekauft und plattgemacht haben.)
- ☆ **Steueroasen schließen!**
- ☆ **Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen, um die Spekulation zu verringern!**



Vater Staat, also wir alle, sollen das Gezocke bezahlen!

Deshalb: Banken unter die Kontrolle des Volkes!

Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte. Es ist illusorisch zu glauben, dass wir warten können, bis der Markt wieder ins Gleichgewicht findet.

Josef Ackermann
Chef der Deutschen Bank Vergütung 2007: 13,98 Millionen Euro

Wir fordern: Gesellschaftliche Kontrolle möglich machen!

- ☆ **Öffentliches Geld darf es nur gegen Eigentumsrechte und direkte Einflussnahme auf die Geschäftspolitik geben.**
- ☆ **Banken vergesellschaften!**

Wir brauchen demokratische Kontrollmechanismen für die Finanzwirtschaft. Dann kann die Lenkung von Investitionen in gesellschaftlich nützliche und notwendige Bereiche erfolgen. Dann kann auch endlich ein Umsteuern in der Klimapolitik erfolgreich werden.

Ohne diese Maßnahmen werden alle staatlichen Stützungsaktionen nur darauf hinauslaufen, dass die Verluste sozialisiert und die Gewinne privatisiert werden.

Sie werden nur die weitere Umverteilung zugunsten der Superreichen vorantreiben und damit den Keim der nächsten Krise legen.

Wir fordern: Die Krise sozial bewältigen!

Noch ist das Ausmaß der Krise völlig unklar. Aber die Finanzmarktkrise fällt mit einer wirtschaftlichen Rezession zusammen. Beide werden einander verstärken. Das Lohndumping der vergangenen Jahre wird sich rächen. Die geschrumpfte Binnennachfrage wird den Einbruch des Exports nicht auffangen können. Daher muss gegengesteuert werden.

- ☆ **Wir brauchen gerade jetzt die Erhöhung der Einkommen.**
- ☆ **Wir brauchen den Mindestlohn, eine massive Erhöhung des Arbeitslosengeldes II, die massive Einschränkung der Leiharbeit.**
- ☆ **Wir brauchen ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm. Denn nur so können die Folgen der heraufziehenden Wirtschaftskrise gemildert werden.**

Die Forderungen von Gewerkschaften, Attac, sozialen Bewegungen und linken Parteien zeigen viele Gemeinsamkeiten.

Durch aktives Handeln können wir gegensteuern. Und einen Ausweg aus der Krise finden.

Diesen Aufruf unterstützen:

Attac Regionalgruppe Minden; DIE LINKE Kreisverband Minden-Lübbecke; DKP Minden; Herbert Friedl, Sprecher ver.di-Bezirkserwerbslosenausschuss Herford-Minden-Lippe